

Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Juni/Juli 2014, 24. Jahrg.

Alfred Schultz Vorsitzender des Kreistages

OW-Beitrag/bc

Der Barnimer Kreistag konstituierte sich am 18. Juni mit seinen 56 Abgeordneten. Die LINKE ist im Barnim weiterhin stärkste politische Kraft. Ihre Fraktion besteht nun aus 16 Mitgliedern, davon 14 von der LINKEN und erstmals zwei weitere Abgeordnete des Bauernverbandes. Vorsitzende der Fraktion ist erneut Margitta Mächtig, Stellvertreter Lutz Kupitz. Zum Vorsitzenden des Kreistages wurde zum zweiten Mal Prof. Alfred Schultz (LINKE) gewählt. *Siehe Seite 11*



Pünktlich zum Saisonauftakt wurde das sanierte Freibad in Bernau-Waldfrieden dem Badebetrieb übergeben. Schwimmer können sich an der erhaltenen 50-Meter-Bahn erfreuen, Familien an den großen Liegewiesen, Kinder am Nichtschwimmerbecken und an den Sprungtürmen. Bernau ist damit um ein Schulsport- und ein Freizeitangebot reicher. Zum Tourismus und zum Rückkauf von Seen lesen Sie auf Seite 10/11. Foto: bc

Eberswalde: Ohne Ortsvorsteher

OW-Beitrag/bc

Bei den Ortsvorsteherwahlen am 15. Juni in Eberswalde erhielt keiner der Kandidaten in den vier Wahlbezirken das Mindestquorum von 15 Prozent der Wahlberechtigten. Damit wird es in Eberswalde keine Ortsvorsteher mehr geben. Wolfgang Sachse (LINKE), bisher Ortsvorsteher in Nord- und Westend erhielt noch das beste Wahlergebnis: „Wir müssen akzeptieren, dass die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger keinen Wert auf Ortsvorsteher legt“.

Nur 10 Prozent Beiträge für Altanschießer möglich

Interview mit Biesenthals Bürgermeister André Stahl (LINKE)

Sie haben einen weiteren Vorschlag zur Lösung der Auseinandersetzungen um die Altanschießerbeiträge im Wasser- und Abwasserverband Panke-Finow (WAV) gemacht. Worauf basiert er?

Auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 5. März 2013 und einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg (OVG), das die Gleichbehandlung von Neu- und Altanschießern festschreibt. Auf dieser Grundlage wurden durch den WAV Bescheide verschickt, die von den Altanschießern rückwirkend Beiträge verlangen. Durch ein Moratorium des Vorstehers des WAV wurde der Versand der Bescheide bis zum 31. Dezember 2014 ausgesetzt – wobei zum 30. September geprüft wird, ob die Voraussetzungen noch vorliegen.

Zugleich geht für mich aber aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil auch hervor,

dass man Anschlussbeiträge staffeln könnte.

Das heißt?

Im Urteil steht nur, dass sich der Vorteil verringert, den der Anschlussnehmer noch hat, je weiter die Herstellung des Anschlusses zurückliegt. Und dass man dies „würdigen“ müsse. Es liegt also an uns, Festlegungen zu treffen. Ich schlage eine Staffelung vor: Liegt die Herstellung des Abwasser- und Wasseranschlusses mehr als 5 Jahre zurück, wird der Altanschießerbeitrag um 25 Prozent gemindert, bei 10 Jahren um 50, bei 15 Jahren um 75 und bei 20 Jahren um 90 Prozent.

Das heißt, Altanschießer, die vor 1990 an das Abwassersystem angeschlossen wurden, zahlen nur noch 10 Prozent des Beitrags?

Genau. Damit haben sie eine sehr hohe Entlastung. Denn gar nichts zu zahlen, geht eben nach dem Urteil des OVG nicht.

Sie haben immer wieder

Lösungsvorschläge unterbreitet, zuletzt schlugen Sie die Umstellung auf das Gebührenmodell für Trinkwasser vor, um hier eine Entlastung der Altanschießer zu erreichen. Wie waren die Reaktionen?

Eine komplette Umstellung auf das Gebührenmodell scheitert daran, dass die Neuanschießer dann ihre Beiträge zurück bekommen müssten. Dafür sind 29,7 Millionen € nötig, die der WAV nicht hat. Eine Kreditaufnahme für diese Rückzahlungen hat die Kommunalaufsicht abgelehnt. Somit ist eine Umstellung auf das Gebührenmodell rechtlich nicht möglich.

Deshalb hielt ich eine Teilentlastung durch das Gebührenmodell für Trinkwasser für realistisch. Das hätte die Altanschießer immerhin um etwa 10 Millionen € entlastet. Es gab zwar positive Reaktionen darauf, aber keine Mehrheit. Als Biesenthaler Mitglied in der

Verbandsversammlung will ich so lange machbare Vorschläge unterbreiten, bis sich ein Kompromissvorschlag durchsetzen kann. Der WAV darf auf die Beitragserhebung für Altanschießer nicht verzichten, die Umstellung auf das Gebührenmodell ist durch die hohen Rückzahlungen nicht möglich – es muss also eine Lösung geben, die rechtlich haltbar ist und dennoch die Altanschießer stark entlastet, ohne die Mieter zu belasten. Ich hoffe, dass der jetzige Vorschlag eine Mehrheit bringt.

Die ist in der Stadtverordnetenversammlung Bernau erforderlich?

Ja, denn Bernau hat einen 80-prozentigen Anteil im WAV. Ich würde einen Antrag mit meinem Vorschlag stellen, wenn die Bernauer Vertreter ihn mittragen. Dazu muss die Stadtverordnetenversammlung am 3. Juli entscheiden und den Vorschlag hoffentlich nicht wieder zerreden.

In dieser Ausgabe:

Nase vorn
LINKE in der Kreisstadt

Seite 2

Zwei Kandidaten
Bürgermeisterwahlen

Seite 3

Sozialarbeit
Eberswalde übernimmt
Verantwortung

Seite 4

LINKE: Ja zur Kita
Bürgerentscheid in Panketal

Seite 5

Sprechstunden
unter freiem Himmel
Abgeordnete der LINKEN
unterwegs

Seiten 6/7

Die soziale Frage
Interview mit
Margitta Mächtig

Seite 8/9

Wohnungsbau
Ralf Christoffers bei
Unternehmern

Seite 10

Zugang zum See
Michael Luthardt über
Rückkauf der Gewässer

Seite 11

2 Euro im Monat

Von Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender der
Barnimer LINKEN

Meine Mutter sagte vor wenigen Tagen zu mir: „Jetzt habe ich dich groß gezogen und bekomme später ganze 2 € mehr Rente im Monat. Das hätten sie sich sparen können.“

Die Koalition im Bund aus SPD und CDU schafft endlich mehr Gerechtigkeit, so denkt man, wenn man von der „Mütterrente“ hört. Sie schließt aber kaum Ge-

Kommentar

rechtigkeitslücken, sondern reißt viel mehr neue auf.

Im Klartext heißt das: Mütter im Osten Deutschlands bekommen je Kind und Jahr 27 Euro weniger als Mütter im Westen. Mütter, die ihre Kinder vor 1992 erzogen haben, bekommen 340 Euro weniger als Mütter, die ihre Kinder ab 1992 erzogen haben.

Eine Verkäuferin, die nach 43 Jahren harter Arbeit mit 61 betriebsbedingt gekündigt wird, bestraft das Rentpaket gleich dreifach: Sie verliert ihren Job, Union und SPD schlagen ihr die Tür zur abschlagsfreien Rente ab 63 zu und ihre Lebensleistung wird mit einem Federstrich entwertet.

Das ist keine gerechte Lösung. Ost-Rentner werden auch im 25. Jahr nach der Wende benachteiligt.

Ein Politikwechsel in der Rentenpolitik sieht anders aus. Wir brauchen endlich eine Mindestrente und die Rente mit 67 Jahren gehört endlich zurück genommen. Der ständige Versuch die jüngere Generation gegen die ältere auszuspielen und umgekehrt, ist falsch und ist immer wieder skandalös.

Am Ende bleiben vielleicht 2 € mehr, aber meine Mutter wird wohl – wie fast immer – recht behalten.

OW- Spendenkonto

Die Redaktion bittet um Ihre Spende für die Finanzierung der Druckkosten.

DIE LINKE. Barnim

Konto: 31 200 514 29

bei: Sparkasse Barnim

BLZ: 170 520 00

LINKE hat die Nase vorn

Eberswalder Stadtfraktion der LINKEN in der Kreisstadt konstituiert

OW-Beitrag/ws

In einer ersten Sitzung der Stadtfraktion der LINKEN in Eberswalde, zu der alle Listenkandidaten eingeladen waren, gab es ein volles Haus. Was selbstverständlich ist: Es waren alle Mitglieder der neuen Fraktion anwesend. Die Gewählten zu Beginn der Sitzung sind Torsten Duckert, Fred Sponner, Dr. Ilona Pischel, Wolfgang Sachse, Volker Passoke, Sabine Büschel, Cornelia-Caroline Rätz und Roswita Friese. Mit 8 Mandaten ist die Fraktion der LINKEN wieder als stärkste Kraft aus der Kommunalwahl hervorgegangen. Wichtigste Aufgabe war, die Handlungsfähigkeit der neu gewählten Fraktion herzustellen. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der bisherige Amtsinhaber Wolfgang Sachse gewählt. Darüber hinaus wurden mit Jürgen Wolff und Volker Passoke zwei gleichberechtigte Stellvertreter ebenfalls einstimmig gewählt. Die Fraktion verständigte sich

Die neue Stadtfraktion der LINKEN in Eberswalde:

Torsten Duckert
Gottfried Sponner
Dr. Ilona Pischel
Wolfgang Sachse
Volker Passoke
Sabine Büschel
Cornelia-Caroline Rätz
Roswita Friese,
Nachrücker: Jürgen Wolff

in der weiteren Beratung darauf, einen Vorschlag für den Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten. Die anwesenden Stadtverordneten hatten die Möglichkeit einen oder mehrere Wünsche für den Einsatz in Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung anzumelden. Viele der nicht gewählten haben sich bereit erklärt, als Sachkundige Einwohner in den Ausschüssen mitzuwirken.

Die Fraktion erreichte Ein-



Der alte Fraktionsvorsitzende ist auch der neue Fraktionsvorsitzende in Eberswalde: Wolfgang Sachse. Foto: wk

gung dazu, so in die Debatte der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu gehen, dass die bisher existierenden Ausschüsse auch in der neuen Wahlperiode erhalten bleiben. Es gab überdies eine Verständigung darüber, für welche Ausschüsse die Fraktion der LINKEN den Anspruch auf den Vorsitz erheben sollte. Das kann aber erst dann abschließend

entschieden werden, wenn die endgültigen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung geklärt sind. Am Schluss musste die neue Fraktion die Ankündigung eines Mandatsverzichts zu Kenntnis nehmen. Roswitha Friese will das Mandat aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten. Der planmäßige Nachrücker ist Jürgen Wolff. *Siehe Seite 10*

Kontakte zur LINKEN im Barnim

Alle Sitzungen von Fraktionen und Vorständen der LINKEN im Barnim sind öffentlich. Gäste sind immer willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Sie können sich deshalb vorab informieren:

Bürgerzentrum Bernau: Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: Info@dielinke-barnim.de,

Wahlkreisbüro Margitta Mächtig: Tel.: 03334-385488, im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtig@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Dr. Michael Luthardt: Tel.: 03334-385155 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Breite Str. 46, 16225 Eberswalde, E-Mail: michael.luthardt@dielinke-barnim.de

Wahlkreisbüro Ralf Christoffers: Tel.: 030-94393058, Fax: 030-94393059 Am Amtshaus 2-2a, Shop 3, 16341 Panketal, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

Kreisvorstand: bei Redaktionsschluss lag leider der neue Arbeitsplan noch nicht vor.

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-22026, E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de 4. und 18. August, jeweils 18.30 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

Nächster Kreistag: 27. August, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Stadtfraktion Bernau: 2. September, 18 Uhr, Fraktionssprechstunde: donnerstags 16 bis 18 Uhr, alles im Fraktionsraum, Hussitenstraße 1; Stadtverordnetenversammlung: 3. Juli und 4. September, jeweils um 16 Uhr, Stadthalle Bernau, E-Mail: fraktion-bernau@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

Stadtfraktion Eberswalde: 9. Juli, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Fraktionsklausur: 30. August Stadtverordnetenversammlung: 27. Februar, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

Gemeindefraktion Panketal: 13. August, 19 Uhr, Ratssaal, jeweils Schönower Straße 105, Sitzung der Gemeindevertretung: 19. August, Ratssaal

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org **[,solid]:** E-Mail: solid-eberswalde@web.de

Basisgruppe Schorfheide: jeden 1. Donnerstag/Monat, 19 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

Basisgruppe Werneuchen: 12. Juli, Sommerkabarett, siehe Seite 12

OW-Spendenkonto: DIE LINKE. Barnim, Konto: 31 200 514 29, bei: Sparkasse Barnim; BLZ: 170 520 00;

Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung am Jahresende.

Impressum

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN,

Kontakt: Geschäftsstelle der LINKEN Barnim, Breite Straße 46, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-385155, Fax: 03334-385156,

E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de, **download:** www.dielinke-barnim.de,

virtuelle Redaktion: Petra Bochow, Berit Christoffers, Lutz Kupitz, Margitta Mächtig, Wolfgang Sachse, André Stahl (ViSdP), Sebastian Walter, Margot Ziemann, Christel Zillmann **Auflage:** 20.000

nächster Redaktionsschluss: 21. Juli 2014, nächster Erscheinungstermin: 6. August 2014

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

Ein Anwalt für die Leute

Seite 3

Abgeordnete der LINKEN in Bernau

OW-Beitrag/bc

Die LINKE ist auch weiterhin die mit Abstand stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung in Bernau. 11 der 35 Stadtverordneten gehören der Fraktion der LINKEN an: Christine Poppitz, Dr. Harald Ückert, Dominik Rabe, Sören-Ole Gemski, Dr. Dagmar Enkelmann, Christian Rehmer, Dr. Hildegard Bossmann, Michéle Petroll, Wolfgang Kirsch, Dr. Martin Rothe und Burghard Seeger. Zur Vorsitzenden der Fraktion wurde erneut Dagmar Enkelmann gewählt.

In den Ortsbeirat Schönow sind für die LINKE gewählt worden: Dr. Harald Ückert und Ralf Janke.

Auf Grund ihrer Stärke schlug die LINKE auf der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Juni ihr Fraktionsmitglied Hildegard Bossmann als Vorsitzende des Gremiums vor. Sehr einmütig, mit 29 Stimmen, wurde die Biochemikerin zur Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie übernimmt den Staffeltab von Grudrun Gaethke, die nicht mehr Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ist.

Denkbar knapp fiel die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung darüber aus, wer das Gremium künftig im Wasser- und Abwasserverband „Panke-Finow“ vertreten wird.

Kraft seines Amtes ist der Bürgermeister immer Vertreter im Verband, den zweiten Vertreter bestimmt die Stadtverordnetenversammlung. Bisher hatte Harald Ückert (LINKE) einen Sitz inne. Letztlich kam es zu einer Kampfabstimmung zwischen dem Bündnisgrünen Thomas Dyhr und Andreas Neue vom Bündnis für Bernau, die ersterer für sich entschied.

Das Thema der Altanschließerbeiträge wird die Stadtverordnetenversammlung am 3. Juli bestimmen. Die Stadtfraktion der LINKEN trifft sich deshalb am 28. Juni zu einer Klausurberatung.

In Eberswalde wird am 14. September ein neuer Bürgermeister gewählt/
LINKE entscheiden am 4. Juli über Kandidatur von Volker Passoke

OW-Beitrag/sw

„Volker Passocke ist eine gute Alternative für Eberswalde, ein Anwalt der Leute, der den Blick für die Schwächen und Stärken der Stadt hat und dem soziale Gerechtigkeit ebenso wichtig ist wie eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen in der Stadt“, so wirbt Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete der LINKEN in Eberswalde, für den 57-jährigen Rechtsanwalt.

Volker Passoke ist bereits seit 11 Jahren Stadtverordneter in Eberswalde. Er hat konstruktiv als Vorsitzender des Finanzausschusses gearbeitet. Er hat großen Anteil daran, dass es trotz schwieriger Finanzlage keine Kürzungen im Bereich Kita, Schule und Soziales in der Kreisstadt gab. Deshalb freute sich Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der LINKEN, auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni offensichtlich, dass er

die Bereitschaft von Volker Passoke zur Bürgermeisterkandidatur bekannt geben konnte. „Es ist schöner geworden in Eberswalde, die Stadt ist selbstbewusster geworden. Aber das hat wenig mit der Arbeit des jetzigen Bürgermeisters zu tun“, begründete Walter. „Denn die sozialen Probleme, wie steigende Mieten und das Auseinanderdriften der Stadtteile werden von ihm nicht beachtet. Eine Fassadenpolitik reicht nicht mehr aus. Wir brauchen hier jemanden, der eine Vision hat für eine Stadt im Nordosten des Barnim auf der Achse Berlin – Stettin. Diese Stadt hat mehr Potenziale, die gehoben werden müssen und ja, diese Stadt ist reif für einen Wechsel. Und die LINKE hat hier einen Kandidaten, der der bessere Bürgermeister sein wird: Volker Passoke.“

„Ich möchte gern dafür sorgen, dass die städtischen Möglichkeiten besser und



Volker Passoke stellt sich als Bürgermeisterkandidat für Eberswalde zur Verfügung. Foto: cp

gerechter genutzt werden.“, begründet Volker Passoke seine Kandidatur selbst.

„Das gilt für die Entwicklung der Stadtteile ebenso, wie im Kulturbereich und im Bereich der Investitionen. Die Einwohner wollen sicher auf Bürgersteigen gehen. Promenaden helfen ihnen im täglichen Leben wenig. Zudem wird die günstige Lage Eberswaldes

auf der Entwicklungsachse Berlin–Stettin zu wenig genutzt. Gerade der Stettiner Ballungsraum birgt noch Potenzial, das Kaufkraft und Arbeitsplätze auch und gerade in Eberswalde schaffen kann.“

Die Mitgliederversammlung der LINKEN der Stadt Eberswaldes entscheidet am 4. Juli über die Bürgermeisterkandidatur.

Mut zum Kompromiss

In Bernau wird am 14. September ein neuer Bürgermeister gewählt/
LINKE entscheiden am 2. Juli über Kandidatur von André Stahl

OW-Beitrag/sw

Der 42-jährige Rechtsanwalt André Stahl ist der Bitte des Stadtvorstandes der LINKEN in Bernau nachgekommen und wird für das Amt des Bürgermeisters kandidieren, erklärte Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der LINKEN, auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni in Panketal.

„In Bernau hat sich nach der Kommunalwahl gezeigt, dass es eben keine klaren Verhältnisse in der neuen Stadtverordnetenversammlung zur Frage Gebühren- oder Beitragsmodell für Wasser und Abwasser gibt“, begründete Walter. „Diese Stadt muss endlich eine Lösung finden, die nur ein Kompromiss sein kann. Das haben wir als Kreisvorstand der LINKEN immer gefordert und unterschiedliche Initiativen dazu unterstützt. Diese Stadt braucht einen Neubeginn mit einem Bürgermeister, der unbelastet in

den Wahlkampf gehen kann und der diese Stadt wieder nach vorn bringen kann.“, betonte Walter.

André Stahl ist seit 7 Jahren ehrenamtlicher Bürgermeister in der Stadt Biesenthal. Dabei hat er genügend Erfahrung in praktischer Kommunalverwaltung erworben, um dieses Amt auch im Interesse der Mehrheit der Bernauerinnen und Bernauer ausfüllen zu können.

„Er ist der beste Kandidat für dieses Amt“, hob Sebastian Walter hervor. „Er hat sich immer wieder mit guten Kompromissvorschlägen in die Debatte um Altanschließer eingebracht und nun kommt auch endlich Bewegung in die verfahrenre Situation. Wir als LINKE wissen, dass es aber mehr gibt als dieses eine Thema. Auch Bernau kann mehr, wenn es um Transparenz geht, um Wirtschaftsförderung und auch Kitas.“

André Stahl ist seit 15 Jah-



André Stahl stellt sich als Bürgermeisterkandidat für Bernau zur Verfügung. Mitgliederversammlung der LINKEN entscheidet am 2. Juli. Foto: bc

ren in Bernau als Rechtsanwalt tätig. Er ist verheiratet und hat 3 Kinder im Alter von 5, 9 und 10 Jahren.

„Wir müssen eine soziale Stadt gestalten, die Einnahmen und Ausgaben in ein gesundes Verhältnis bringt“, erklärt er sein Anliegen. „Gleichzeitig muss die Verwaltung modernisiert

und der bisher autoritäre Führungsstil durch moderne Leitungsformen ersetzt werden. Die Mitbestimmung der Bürger muss gestärkt werden, ohne dass die Bürger gezwungen sind, die fehlende Kommunikation mit der Verwaltung durch Bürgerentscheide zu erzwingen.“

Abgeordnete der LINKEN in Ahrensfelde

OW-Beitrag/bc

Von den 22 Sitzen in der Gemeindevertretung Ahrensfelde werden seit der Kommunalwahl am 25. Mai 4 Sitze von der LINKEN beansprucht. Sie ist damit drittstärkste Fraktion nach CDU und Freier Wählergemeinschaft. Der Fraktion der LINKEN gehören an: Gertraude Herzog, Christina Emmrich, Ingrid Iwa und Petra Wollermann.

In den Ortsbeirat **Eiche** wurde für die LINKE Christina Emmrich gewählt und in den Ortsbeirat **Blumberg** Getraude Herzog.

Abgeordnete der LINKEN in Wandlitz

OW-Beitrag/bc

Von den 28 Sitzen in der Gemeindevertretung Wandlitz gehen 5 Mandate an die LINKE. Gewählt sind: Gabriele Bohnebeck, Frank Bergner, Kerstin Berbig, Paul Schwerdtfeger und Lutz Ulrich Bohnebeck.

In den Ortsbeirat **Basdorf** wurden für die LINKE Frank Bergner und Lony Pfeiffer gewählt, in den Ortsbeirat **Klosterfelde** Thomas Reuter, in den Ortsbeirat **Lanke** Sebastian Oehmicke, in den Ortsbeirat **Schönwalde** Gabriele Bohnebeck, in den Ortsbeirat **Stolzenhagen** Gunther Ziethmann, in den Ortsbeirat **Wandlitz** Paul Schwerdtfeger und Dorothee Münzner.

Abgeordnete der LINKEN in Biesenthal

OW-Beitrag/bc

In Biesenthal ist die LINKEN bei der Kommunalwahl am 25. Mai stärkste Kraft geworden. 6 von 18 Stadtverordneten werden von der LINKEN gestellt: Margitta Mächtig, Anne Schulz, Daniel Groß, Dirk Siebenmorgen, René Hackl, Dagmar Hüske. Als ehrenamtlicher Bürgermeister wurde André Stahl mit knapp 74 Prozent wiedergewählt.

In den Ortsbeirat **Mari-enwerder** wurden für die LINKEN gewählt: Harald Berndt, Jan Kiewewalter.

LINKE-Fraktion in Eberswalde will Hilfe für Kinder, Eltern und Lehrer

Von Hans Pieper und Wolfgang Sachse

Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und B 90/Die Grünen haben in der letzten Stadtverordnetenversammlung der abgelaufenen Wahlperiode einen Beschlussvorschlag zur vorläufigen personellen Absicherung der Sozialarbeit an den Grundschulen der Stadt Eberswalde vorgelegt. Ursprünglich wollte die Vertretung die Analyse einer eigens dafür ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe abwarten. Deshalb ist diese Entscheidung als Vorgriff auf ein Ergebnis der gebildeten Arbeitsgruppe zu betrachten.

Die Einreicher sahen trotz dieser Sachlage die Notwendigkeit diese Entscheidung jetzt zu fällen, um ab Beginn des Schuljahres 2014/2015 eine bessere Fürsorge für die Kinder an den städtischen Grundschulen zu gewährleisten. Wenn wir stolz auf bisher Erreichtes in unserer Stadt und auch an ihren Schulen sind, dürfen wir jedoch nicht außer Acht lassen, dass es eine Tendenz der

Zunahme sozialer Probleme besonders bei Kindern gibt. Übereinstimmend haben die einreichenden Fraktionen und der Bürgermeister akzeptiert, dass es keine Wundermittel zur Vermeidung gibt, da diese vielfach gesellschaftlich bedingt sind. Die Schulsozialarbeit an den Grundschulen ist auch keine Vorbeugung, sondern eine erste korrigierende Einflussnahme zur Reduzierung sozialer Probleme. Sie ist Hilfe für Kinder, Eltern und Lehrer. Hierbei spielt der Gedanke „Wehret den Anfängen“ eine wesentliche

Rolle. Wenn auch die Hauptverantwortung bei den Eltern liegt, die sozialpolitische Verantwortung den Landkreisen zugeordnet wurde, sehen auch wir Stadtverordnete uns politisch-moralisch in der Verantwortung. Wir haben das Problem der Sozialarbeit an den Grundschulen offensichtlich erst sehr spät erkannt. Der jetzigen Vorlage ging eine umfangreiche Diskussion in der Fraktion der LINKEN mit teilweise kontroversen Positionen voraus. Einigkeit konnte letztlich darüber erzielt werden, dass Schulsozialarbeit an den

Grundschulen notwendig ist. Von der gebildeten Arbeitsgruppe erwarten wir eine – trotz des Vorgriffes auf ihren Entscheidungsvorschlag – gewissenhafte Arbeit um den neugewählten Abgeordneten eine nachvollziehbare Grundlage für weitere Entscheidungen zu geben. Der Finanzierungsvorschlag ist für uns der schwerste Kompromiss, den wir mehrheitlich mit verantworten können. Immerhin sind vorläufig Kürzungen beim Familiengarten, der Feuerwehr und im Sport als Deckung für diesen Beschluss herangezogen worden.

Alles Positionen, die wir in vergangenen Haushaltsdebatten energisch verteidigt haben. Unsere Aufgabe für die Haushaltsdebatte für das Jahr 2015 ist es, die entsprechenden Haushaltsansätze zuzüglich der vorgenommenen Kürzungen abzusichern. Dem Bürgermeister wurde auf den Weg gegeben, den Landkreis deutlich an seine Verantwortung für die Schulsozialarbeit zu erinnern.

Schulsozialarbeit

Die Kommunen im Land Brandenburg erhielten von der Bundesregierung im Rahmen des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ von 2011 bis 2013 rund 15 Millionen €, die unter anderem für die Finanzierung von Schulsozialarbeitern verwendet wurden. Diese Finanzierung wurde – unterstützt von der Rot-Roten Brandenburger Landesregierung im Bundesrat verlängert.

Unabhängig davon unterstützt das Land Brandenburg die Kommunen bei der Sozialarbeit im Rahmen des „510-Stellen-Programms“ jährlich mit rund fünf Millionen €. Die Landkreise und kreisfreien Städten setzen mindestens ein Viertel der 510 Stellen für die Sozialarbeit an Schulen ein.

„Lauf den Hobrecht“

Zum 18. Mal organisierte der SG Empor Niederbarnim attraktiven Freizeitlauf Minister Christoffers überreichte Pokale an Sportler

OW-Beitrag/lS

Am 15. Juni fanden im Panketaler Ortsteil Hobrechtsfelde die Läufe zum 18. „Lauf den Hobrecht“ statt, organisiert vom SG Empor Niederbarnim. Über 200 Sportler liefen am Ende über die Ziellinie, wobei oft auch noch um hintere Plätze mit Ehrgeiz gekämpft wurde. Neu im Programm war ein Lauf über 800 Meter für die jüngsten Sportlerinnen und Sportler der Jahrgänge 2008/2007. Erstmals wurde zudem auf dem Gut Hobrechtsfelde gestartet. Mehr als 30 Helfer bereiteten die Veranstaltung vor und sorgten für eine reibungslose Organisation.

Viel Zeit für die Freizeitläufer nahm sich der Wirtschafts- und Europaminister des Landes Brandenburg, Ralf Christoffers. Er ließ es sich nicht nehmen, den erfolgreichen Läufern die Pokale und Teilnehmerurkunden persönlich zu

übergeben.

Neben der schönen Strecke durch den Bucher Forst wird auch der Wettkampf durch seine familiäre Art geschätzt. Ob Sportler unter sich, mit dem Veranstalter oder auch mit einem Minister, Zeit fand sich für Fragen und persönliche Gespräche. Nach dem Lauf konnten sich die Teilnehmer an dem reichhaltigen Obststand erfrischen. Den stellte wieder der Rewe Markt in Schönow zur Verfügung.

Lea Steinfuhr (6) siegte über 800 Meter, bester Junge war Jakob Pohl (8). Schnellster über 2 Kilometer war Kimi Andreas (12), bei den Mädchen siegte Livia Mai (13), alle vom Gastgeber SG Empor Niederbarnim. Über 5,5 Kilometer war Denis Gehde (26) vom SV Berlin-Buch siegreich. Den Goldpokal errang Katrin Fischer (33) vom Studio K aus Panketal. Bester Läufer über 10,5 Kilometer wurde



Siegerehrung beim „Lauf den Hobrecht“: Minister Ralf Christoffers überreichte die Pokale. Foto: wk

Björn Schneider (34) von den FH Runners Berlin, bei den Frauen siegte Yvonne Grundman (35). Allen Teilnehmern sei herzlich gratuliert. Der Vorsitzende

des SG Empor Niederbarnim, Lutz Sachse, dankte den Helfer, Sponsoren und Minister Christoffers für seine tatkräftige Unterstützung.

LINKE stärkste Fraktion

Seite 5

Die neuen Abgeordneten der LINKEN in Werneuchen

Von Alexander Horn

Ein überragendes Ergebnis hat die LINKE in Werneuchen bei der Kommunalwahl erzielt: Sie errang 33 Prozent der Wählerstimmen, knapp 2 Prozent mehr als bei der letzten Wahl. Sie wird damit die mit Abstand stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung stellen. 6 Abgeordnete der LINKEN werden vertreten sein. Danach folgen SPD und CDU mit jeweils 3 Sitzen sowie 4 verschiedene Wählervereinigungen, von denen sich jeweils zwei zu einer Fraktion mit 3 Abgeordneten zusammen geschlossen haben. Somit gibt es jetzt 5 Fraktionen in Werneuchen.

Alle Kandidaten der LINKEN berieten am 2. Juni über die künftige Arbeit in der neuen Stadtverordnetenversammlung sowie über den Beitrag, den jeder dazu leisten kann. Die gewählten Abgeordneten bildeten die

V.l.n.r.:

Alexander Horn, Karsten Dahme, Angelika Adam, Björn Kamph, Simone Horn, Holger Schulze, Ronald Eichstädt. Davon sind alle gewählt außer Björn Kamph, dieser wird die Fraktion als sachkundiger Einwohner unterstützen.

Foto: Silke Wenk



neue Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung. Künftig übernimmt die Fraktionsführung Alexander Horn, zu seiner Unterstützung wurden Simone Horn und Angelika Adam als Vertreterinnen gewählt.

Da die LINKE aufgrund des sehr guten Wahlergebnisses wieder die meisten Abgeordneten in die Stadtverordne-

tenversammlung entsenden konnte, wurde Karsten Dahme aus dem Ortsteil Schönfeld für die Funktion des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nominiert.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte Karsten Dahme am 19. Juni bei ihrer Konstituierung zu ihrem Vorsitzenden.

LINKE in den Ortsbeiräten

Von OW/bc

In den Werneuchener Ortsteilen wurden Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN wie folgt gewählt: In den Ortsbeirat Seefeld wurde Simone Horn, in den Ortsbeirat Schönfeld Karsten Dahme gewählt.

Bürgerentscheid zum Bau einer Kita in Panketal

Termin: 27. Juli, LINKE empfiehlt mit „Nein“ zu stimmen

Von Christel Zillmann

Am 27. Juli wird es in Panketal einen Bürgerentscheid über den Bau einer Kita geben. Die zur Abstimmung stehende Frage lautet: „Sind Sie dafür, dass der Beschluss, in der Waldfläche Kleiststraße/Humboldtstraße in Schwanebeck eine Kita zu errichten, unverzüglich wieder aufgehoben wird?“

Da trotz Kitaneubauten in den letzten Jahren weiterhin Betreuungsplätze in Kindertagesstätten fehlen, hat sich die Fraktion der LINKEN in der Gemeindevertretung vehement für den Bau dieser Kinderbetreuungseinrichtung eingesetzt. Im Oktober 2013 gab es den Auftrag an die Verwaltung, geeignete Standorte für einen weiteren kommunalen Kitaneubau mit 100 Plätzen zu ermitteln. Schnell realisierbar waren davon zwei Standorte, einer in der Kleiststraße in Schwanebeck, der andere in der Möserstraße in Zepernick. Da es in Schwanebeck

nur insgesamt 136 Kitaplätze gibt, in Zepernick jedoch 670 sollte aus Sicht der LINKEN unbedingt in Schwanebeck eine neue Kita errichtet werden. Für den Standort in der Kleiststraße spricht, dass es sich um ein gemeindeeigenes Grundstück handelt. Beim Bau einer Kita auf fremdem Grund müssten noch zusätzliche Grundstückserwerbskosten von etwa 350.000 € aufgebracht werden. Der Baumbestand auf der 4.000 Quadratmeter großen Fläche kann zu etwa zwei Dritteln erhalten werden. Für das eine Drittel, das dem Neubau weichen muss, sind Ersatzbepflanzungen geplant. Der bereits vorhandene Spielplatz kann ebenfalls als öffentlicher Spielplatz erhalten und von der Kita mit benutzt werden. Der ruhende Verkehr sowie der Hol- und Bringeverkehr der Kinder kann durch den Bau einer Zuwegung mit angebauten Parkplätzen auf dem Grundstück gut bewältigt werden. Die konkrete

Lösung muss mittels eines Verkehrsgutachtens erarbeitet werden. Eine nennenswerte Belastung der Nachbarstraßen durch parkende Autos ist nicht zu erwarten. Gegen die Kitapläne wandte sich eine Bürgerinitiative (BI) von rund 20 Personen aus dem unmittelbaren Nachbarschaftsumfeld. Die BI erklärte, sie sei nicht gegen den Bau einer Kita, befürchte aber viel Verkehr und die Abholzung des Wäldchens. Sie schlug Alternativstandorte in Schwanebeck vor, die sich jedoch nicht im Eigentum der Gemeinde befinden. Statt eines Kaufes plädierte die BI für einen Flächentausch mit dem dortigen Eigentümer. Dass dann die Fläche an der Kleiststraße für eine Wohnbebauung vorgesehen wäre, würde die BI hinnehmen. Zudem schlug sie den Bau der Kita am Standort Schönower Straße 14-16 (ehemaliges Krankenhaugelände) in Zepernick vor. Dieser Standort ist zwar ein

Gemeindegrundstück, dort gibt es aber bereits zwei Kitas, damit würde erneut in Zepernick eine Kita gebaut werden, nicht jedoch im unterversorgten Schwanebeck. Zudem liegt dieser Standort entgegengesetzt der Fahrtrichtung der meisten Eltern, die nach Berlin zur Arbeit fahren und erst einmal „zurück“ nach Zepernick müssten. Außerdem ist das Gebäude, das aus den 1930er Jahren stammt, als Kinderbetreuungseinrichtung nicht besonders gut geeignet und erfordert umfangreiche Sanierungsarbeiten. Die BI hatte ein sogenanntes kassierendes Bürgerbegehren eingeleitet, das die Aufhebung des Beschlusses der Gemeindevertretung zum Bau der Kita zum Ziel hat. Die LINKE hält die Aufhebung dieses Beschlusses für unverantwortlich gegenüber den Eltern, die auf einen Betreuungsplatz warten. Deshalb empfiehlt die LINKE bei diesem Bürgerentscheid mit NEIN zu stimmen.

Abgeordnete der LINKEN in Joachimsthal

OW-Beitrag/bc

Die neue Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Joachimsthal hat seit dem 25. Mai zwei Abgeordnete: Gewählt wurde der langjährige Abgeordnete Erich Krüger, sein neuer Partner ist Friedemann Wolf.

Abgeordnete der LINKEN in Oderberg

OW-Beitrag/bc

Die Kommunalwahl am 25. Mai hat die beiden bisherigen Stadtverordneten der LINKEN in Oderberg bestätigt: Rosemarie Brenner und Dietrich Völker wurden wieder gewählt.

Abgeordnete der LINKEN in Schorfheide

OW-Beitrag/bc

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai in der Schorfheide holte die LINKE nach dem „Bündnis Schorfheide“ die zweitmeisten Stimmen. Für sie sind in die Gemeindevertretung gewählt: Manfred Tillmann, Henry Pepinski, Ulrich Jacoby.

In den Ortsbeirat **Böhmerheide** wurde Ulrich Jacoby gewählt, in den Ortsbeirat **Eichhorst** Hann-Dieter Hartwig, in den Ortsbeirat **Finowfurt** Manfred Tillmann, in den Ortsbeirat **Lichterfelde** Bernhard Bolduan und in den Ortsbeirat **Werbellin** Cindy Panzer.

Abgeordnete der LINKEN in Panketal

OW-Beitrag/bc

Mit 23,6 Prozent bei der Kommunalwahl ist die LINKE in Panketal erstmals stärkste Kraft geworden. Sie stellt 7 Abgeordnete in der 25-köpfigen Gemeindevertretung: Christel Zillmann, Dr. Lothar Gierke, Eva Schmidt, Thomas Stein, Dominik Przywara, Jürgen Schneider und Michael Wetterhahn. In den Ortsbeirat **Zepernick** wurden für die LINKE Jürgen Schneider und Karin Müller gewählt, in den Ortsbeirat **Schwanebeck** Lutz Grieben, Thomas Stein und Sigrid Harder.

OW-Beitrag/ml

Eine Novellierung des Jagdgesetzes beschloss der Landwirtschaftsausschuss des Brandenburger Landtages am 19. Juni. „Die neue Regelung zur Bejagung von Rehen ist effektiv und unbürokratisch“, schätzt Michael Luthardt, Landtagsabgeordneter der LINKEN, ein. „Ziel ist es, eine effektivere Bejagung des Rehwildes zu ermöglichen und damit Verbißschäden im Wald zu reduzieren und die Naturverjüngung des Waldes zu fördern. Bisher müssen Jäger in jedem Jahr einen Abschussplan aufstellen, in dem der Rehbestand geschätzt und ein Abschussziel vorgegeben wird. Der Abschussplan muss von der unteren Jagdbehörde genehmigt werden.“

Ursprünglich war im Gesetzentwurf vorgesehen, dass Jäger künftig mehr Rehe bejagen dürfen. „Eine Anhörung im Landtag ergab grundsätzliche Kritik“, erläutert Michael Luthardt. „Die Abschusspläne waren fachlich nicht begründet, ihre Einhaltung kann kaum durchgesetzt werden und verursacht sowohl für Jäger als auch Behörden einen großen Verwaltungsaufwand. Vom Jagdverband bis zu den Naturschutzverbänden, vom Waldbesitzerverband bis zu den kommunalen Spitzenverbänden – alle Spezialisten und Interessenvertreter haben die Abschaffung des Abschussplans für Rehe befürwortet, so unterschiedlich ihre Positionen zur Jagd sonst auch sind. Dem kam der Ausschuss mit seinem Beschluss nach.“

„Der Kaufmann von Venedig“

OW-Beitrag/cr

Das diesjährige Sommertheater der Bernauer Freizeitwerkstatt FRAKIMA lädt für den **29. und 30. August ab 19.30 Uhr** zur Open-Air-Veranstaltung auf den Kulturhof, Breitscheidstraße 43a ein. Gezeigt wird „Der Kaufmann von Venedig“ von William Shakespeare.

Eintritt: 5 €, ermäßigt 4 €. Platzreservierungen unter Telefon 03338-5465 oder per E-Mail an frakima@bernaeu-bei-berlin.de

Sprechstunden un

Die Barnimer LINKE lädt auch in diesem Sommer wieder in den Dabe...
Dabei sind: Die Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig, Michael

Bürgermobil Michael Luthardt

OW-Beitrag/cp

Kommen Sie mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt ins Gespräch:

14. und 28. Juli:

9.30 bis 10 Uhr:

Schönerlinde, Kreuzung Schönerlinder Dorfstraße/Schönerlinder Chaussee,

10.15 bis 10.45 Uhr:

Schönwalde, Kirche,

11 bis 12 Uhr:

Basdorf, Sparkasse,12.15 bis 12.45 Uhr: **Wandlitz**, Parkplatz vor Bahnhof,

13 bis 13.30 Uhr:

Stolzenhagen, Kirche,

13.45 bis 14.15 Uhr:

Klosterfelde, Netto-Markt,

14.45 bis 15.15 Uhr:

Zerpenschleuse, vor den altem Amt,

15.30 bis 16 Uhr:

Marienwerder, Spielplatz**3., 17. und 31. Juli:**9 bis 9.30 Uhr: **Melchow**, Gemeindezentrum,10 bis 10.30 Uhr: **Rüdnitz**, Bibliothek,

10.45 bis 11.45 Uhr:

Biesenthal, Lidl,12 bis 12.30 Uhr: **Lanke**, Schloss,

12.45 bis 13.15 Uhr:

Prenden, Kreuzg. Prendener Dorfstr./Klosterfeld. Damm,13.30 bis 14 Uhr: **Ruhlsdorf**, Kreuzung Dorfstraße/Zerpenschleusener Chaus.

14.15 bis 14.45 Uhr:

Sophienstädt, Kreuzung Kirchsteig/Prendener Weg,

15.15 bis 15.45 Uhr:

Grüntal, Kreuzung Dorfstraße/Biesenthaler Straße,

16 bis 16.30 Uhr:

Tuchen, an Fachwerkkirche,

16.45 bis 17.15 Uhr:

Trampe, vor Firma Jolitz Heizung/Bäder**4., und 18. Juli, 1. August:**

9.30 bis 10 Uhr:

Ahrensfelde, Sparkasse,

10.15 bis 10.45 Uhr:

Blumberg, Berliner Platz,11 bis 11.30 Uhr: **Seefeld**, Bushaltestelle Seestraße,

11.45 bis 12.45 Uhr:

Werneuchen, Aldi,

13 bis 13.30 Uhr:

Hirschfelde, am Hirsch,

13.45 bis 14.15 Uhr:

Tiefensee, Kreuzg. Müncheberger Str./Berliner Chaus.,14.30 bis 15 Uhr: **Schönfeld**, Kreuzg. Hauptstr./Weesower Str.,15.15 bis 15.45 Uhr: **Wilmersdorf**, Märkischer Hof,16 bis 16.30 Uhr: **Weesow**, Kreuzung Dorfstraße/Wilmersdorder Chaussee,16.45 bis 17.15 Uhr: **Tempelfelde**, Kreuzung Schönfelder Straße/Lindenstraße

Wandlitz

4. August

10 bis 11 Uhr, Bahnhof, mit Margitta Mächtig und Michael Luthardt

Blumberg

4. August

13.30 bis 14.30 Uhr, **Ecke Bernau** mit Margitta Mächtig und Michael Luthardt

Werneuchen

4. August

15 bis 16.30 Uhr, auf dem Marktplatz mit Margitta Mächtig und Michael Luthardt

Althüttendorf

6. August

13.30 bis 14.30 Uhr, Am Gedenkstein, mit Margitta Mächtig

Werbellin

6. August

15 bis 16 Uhr, an der Autobahn-Kirche, mit Margitta Mächtig

Böhmerheide

7. August

10 bis 11.30 Uhr, Strandfrühstück am weißen See, mit Margitta Mächtig



Nach wochenlangem Ausfall ist das Bürgermobil nun wieder repariert: Der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt (links) setzt seine Fahrten in entlegene Gebiete des Barnim fort.

Foto: bc

7. und 21. Juli:9 bis 9.30 Uhr: **Hohenfinow**, Kreuzg. Eberswalder Str./Hauptstraße

9.45 bis 10.15 Uhr:

Niederfinow, gegenüber „Ramonas Laden“,

10.30 bis 11 Uhr:

Liepe, Rundteil,

11.15 bis 11.45:

Oderberg, Markt,

12.45 bis 13.15 Uhr:

Lunow, Hohensaatener Straße/Oderberger Straße,13.30 bis 14 Uhr: **Stolzenhagen**, Kreuzung Lüdersdorfer Straße/Kastanienallee,14.15 bis 14.45 Uhr: **Lüdersdorf**, Gasthof „Zum Farmer“,

15 bis 15.30 Uhr:

Parstein, kleiner Parkplatz,

15.45 bis 16.15 Uhr:

Brodowin, Kirche,

16.30 bis 17 Uhr:

Serwest, Buswendeschleife,

17.15 bis 17.45 Uhr:

Britz, Parkplatz Bahnhof

Altenhof

5. August

10 bis 12 Uhr, Picknick an der Promenade mit Margitta Mächtig

Lichterfelde

5. August

14.30 bis 16 Uhr, an der Kirche, mit Margitta Mächtig

Klein Ziethen

6. August

10 bis 11 Uhr, Ortsmitte, mit Margitta Mächtig

Groß Ziethen

6. August

11.30 bis 12.30 Uhr, Ortsmitte, mit Margitta Mächtig

Schluff

7. August

12 bis 13.30 Uhr, an der Stele, mit Margitta Mächtig

Groß Schönebeck

7. August

14 bis 15.30 Uhr, an der Kreuzung, mit Margitta Mächtig

Eichhorst

7. August

16 bis 17.30 Uhr, am Wiesent mit Margitta Mächtig

Eberswalde

8. August

10 bis 11.30 Uhr, Leibniz-Viertel bei Norma, mit Margitta Mächtig

ter freiem Himmel

Städten und Gemeinden vom 4. bis 15. August zum Gespräch:
el Luthardt und der Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers

Eberswalde

8. August

14 bis 16 Uhr,
Marktplatz,
mit Margitta Mächtig

Biesenthal

11. August

10 bis 11.30 Uhr,
Pressefrühstück Wukensee
mit Margitta Mächtig und
Michael Luthardt

Finow

11. August

13 bis 14.30 Uhr,
Kleiner Stern
mit Margitta Mächtig

Glambeck

12. August

10 bis 11.30 Uhr,
am Taubenturm,
mit Margitta Mächtig

Parlow

12. August

12 bis 13.30 Uhr,
am Museum,
mit Margitta Mächtig

Friedrichswalde

12. August

14 bis 15.30 Uhr,
an der Kirche,
mit Margitta Mächtig

Tornow

14. August

10 bis 11 Uhr,
am Parkplatz,
mit Margitta Mächtig

Sommerfelde

14. August

11.30 bis 12.30 Uhr,
an der alten Rüter,
mit Margitta Mächtig

Spechthausen

14. August

15 bis 16.30 Uhr,
unter der Tanne,
mit Margitta Mächtig

Werneuchen

15. August

10 bis 13 Uhr,
Marktplatz, mit Michael
Luthardt

Vom 4. bis 15. August
wird es ergänzende
Termine geben, die zum
Redaktionsschluss noch
nicht feststanden.
Bitte OW August und
homepages der
Abgeordneten beachten.

Bernau

18. August

10 bis 11.30 Uhr,
Platz vor dem Steintor
mit Ralf Christoffers

Bernau

18. August

12 bis 13.30 Uhr,
Bernau-Süd, Parkplatz bei
Kaisers mit Ralf Christoffers

Bernau

18. August

15 bis 16.30 Uhr,
Puschkinviertel vor EDEKA
mit Ralf Christoffers

Schönow

20. August

17 bis 18.30 Uhr,
Schönow vor REWE
mit Ralf Christoffers

Zepernick

22. August

15 bis 16.30 Uhr,
Rathausvorplatz
mit Ralf Christoffers

Röntgental

22. August

17 bis 18 Uhr,
S-Bahn Röntgental
mit Ralf Christoffers

Schwanebeck

29. August

14 bis 15.30 Uhr,
Vor Netto
mit Ralf Christoffers

Zepernick

29. August

16 bis 18 Uhr,
Wahlkreisbüro, am S-Bahn-
hof Zepernick, Am Amts-
haus 2, mit Ralf Christoffers

Ladeburg

3. September

9 bis 10.30 Uhr,
Ladeburg, nahe Bushalte-
stelle mit Ralf Christoffers

Börnicke

3. September

11 bis 12 Uhr,
Börnicke, Dorfanger mit
Ralf Christoffers

Schwanebeck

10. September

15 bis 16 Uhr,
am Gartencenter Holland
mit Ralf Christoffers



Sprechstunde unter freiem Himmel 2013: Wirtschaftsminister Christoffers im Gespräch vor dem Rathaus Panketal am S-Bahnhof Zepernick. Fotos: wk, pb, mm



Sprechstunde unter freiem Himmel 2013: Auf dem Potsdamer Platz in Eberswalde mit den beiden Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig (Mitte) und Ralf Christoffers (2.v.l.).



Mitte: Dr. Michael Luthardt und Kreisvorsitzender Sebastian Walter bei den Sprechstunden unter freiem Himmel in Glambeck 2013.

Panketal

10. September

17 bis 18.30 Uhr,
vor bzw. im Wahlkreisbüro
mit Ralf Christoffers

Bernau

11. September

10 bis 12 Uhr,
Rotes Frühstück, Marktplatz
mit Ralf Christoffers

Seite 7 Gysi und Görke in Bernau

OW-Beitrag/sw

Für den **25. August, 16 bis 18 Uhr**, lädt die Barnimer LINKE zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der LINKEN, Gregor Gysi, mit Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers sowie Finanzminister Christian Görke und André Stahl auf den Bernauer Marktplatz ein.

Panketaler Gespräch

OW-Beitrag/cz

Für den **10. September, 19 Uhr**, lädt die LINKE Panketal zu ihrem traditionellen Panketaler Gespräch in den Ratssaal Panketal am S-Bahnhof Zepernick ein. Gast ist Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europa in Brandenburg und Landtagsabgeordneter für Bernau und Panketal.

LINKER Stammtisch

OW-Beitrag/cz

Die LINKE Panketal lädt auch in den Sommermonaten zum Stammtisch ein. Jeweils am **30. Juli und 27. August** ist in Leos Restauration in der Schönower Straße ab 19 Uhr reserviert. Wer Interesse an einem zwanglosen Gespräch über alle möglichen Themen hat, ist herzlich eingeladen.

Grüneres Panketal

OW-Beitrag/cz

„Was wollen wir tun für ein noch grüneres Panketal?“ – Mit diesem Thema befasst sich die Mitgliederversammlung der LINKEN am **7. Juli um 19 Uhr** im Ratssaal Panketal, Schönower Straße.

Bei der Mitgliederversammlung am **11. August, 19 Uhr**, Ratssaal, Schönower Straße, wird es um die Vorbereitung der Landtagswahlen am 14. September gehen.

**Sehr geehrte
Leserinnen und Leser:**
Wir bitten um Verständnis, wenn es auf Grund aktueller Entwicklungen bei den Teilnehmern zu personellen Verschiebungen kommt.
Bei Fragen, bitte anrufen unter: 03334-385488.

Wahlprogramm der LINKEN

OW-Beitrag/ff

Zur Verabschiedung ihres Wahlprogramms für die Landtagswahl am 14. September trifft sich die Brandenburger LINKE am **5. Juli** zu einem Landesparteitag in Cottbus.

Mit Diskussionsstand von Mitte Juni hat die LINKE ihr Wahlprogramm in sieben Schwerpunkte unterteilt, die von „Guter Bildung und Lebenschancen für alle von Anfang an“ bis zur „Gestaltung des Strukturwandels mit sozialem und ökologischen Anspruch“ reichen.

Untersetzt werden diese politischen Ansprüche durch so genannte Schlüsselprojekte, mit denen die LINKEN erläutern, was sie konkret zum Beispiel in Koalitionsverhandlungen einfordern wollen. Dazu zählt eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas: Bei den 0- bis 3-Jährigen sollen eine Erzieherin bzw. ein Erzieher auf 5 Kinder und bei den 3- bis 6-Jährigen auf 11 Kinder kommen. Dazu soll die Ausbildung und Einstellung von 1.500 Erzieherinnen und Erziehern ermöglicht werden. Zur Erinnerung: Vor der Rot-Roten Landesregierung lag der Schlüssel bei 1:7 für die bis 3-Jährigen und bei 1:13 für die 3- bis 6-Jährigen. Auch die Schulen sollen weiterhin mit mehr Personal ausgestattet werden: 4.400 Lehrkräfte sollen nach Auffassung der LINKEN bis 2019 eingestellt werden.

Energie soll nach Ansicht der LINKEN am besten dort produziert werden, wo sie auch verbraucht wird. Deshalb sollen Konzepte zur dezentralen Energieversorgung auf lokaler Ebene gefördert werden, zum Beispiel Energiegenossenschaften und andere Beteiligungsmodelle.

Um den Übergang von fossilen Energieträgern zu beschleunigen, will die LINKEN das Hauptproblem lösen: Verschiedene Speicherinitiativen sollen forciert und unterschiedliche Technologien im Land zur Speicherung des Stroms aus Erneuerbaren Energien unterstützt werden.

„Das Beste für den Barnim“

Mitgliederversammlung der Barnimer LINKEN stimmt auf nächste Wahlen ein

OW-Beitrag/sw

DIE LINKE im Barnim gab sich nach den erfolgreichen Kommunal- und Europawahlen selbstbewusst auf ihrer Mitgliederversammlung am 21. Juni in Panketal. Die Partei traf sich zur Auswertung der vergangenen Wahlen und zur Neuwahl eines Kreisvorstandes. Der alte und neue Kreisvorsitzende Sebastian Walter stellte klar: „Wir haben bewiesen, dass wir, wenn wir gemeinsam über so manche politischen Unterschiede hinweg für unsere Ideen streiten, auch erfolgreich sein können. DIE LINKE im Barnim als stärkste Kraft ist eben keine Eintagsfliege.“. Jetzt käme es auf allen Ebenen darauf an, den Wählerauftrag ernstzunehmen und endlich eine soziale Politik im Interesse der Mehrheit im Landkreis durchzusetzen, so Walter weiter.

In nur wenigen Wochen finden die Landtagswahlen statt. Auch hier weiß DIE LINKE im Barnim genau was sie will: Sie will weiterhin mehr Lehrer und Kita-Erzieher im Land, sie will den Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen verteidigen und alle Krankenhausstandorte erhalten. Dafür will sie weiterhin in der Landesregierung streiten. Die drei bisherigen Abgeordneten Margitta

Mächtig, Michael Luthardt und Wirtschaftsminister Ralf Christoffers wollen alle wiedergewählt werden. Dazu sagte Sebastian Walter „Auch unsere drei Abgeordneten [...] haben direkt vor Ort Dinge verändert. Sei es der Erhalt der Amtsgerichte, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Barnim oder die Breitbandversorgung im ganzen Landkreis. Bei allen Themen haben unsere drei Abgeordneten gemeinsam etwas in Potsdam bewegt. Deshalb sind sie die Besten für den Barnim und deshalb lasst sie uns mit allen Kräften unterstützen.“.

DIE LINKE Barnim hat viel vor und der neu gewählte Kreisvorstand ist sich seiner Verantwortung bewusst. Gewählt wurden: Sebastian Walter (Vorsitzender), Sabine Stüber und Thomas Sohn als Stellvertreter, Ulrike Glanz als Schatzmeisterin, Frank Müller als Kreisgeschäftsführer und die weiteren Mitglieder sind: Bärbel Mierau, Karin Wagner, Lutz Kupitz und Marco Skupien. Zum Schluss der Versammlung oblag dem Kreisvorsitzenden noch eine angenehme Aufgabe: Er übergab neuen Mitgliedern das Parteidokument. An die 20 neue Mitstreiter – vorwiegend junge Leute – konnte der Kreisverband in den letzten Wochen begrüßen.



Der neue Kreisvorstand der LINKEN, v.l.n.r.: Thomas Sohn (Bernau), 2. Stellvertreter, Marco Skupien (Wandlitz), Karin Wagner (Eberswalde), Frank Müller (Ahrensfelde), Kreisgeschäftsführer, Bärbel Mierau (Bernau), Sebastian Walter (Britz), Kreisvorsitzender, Sabine Stüber (Chorin), 1. Stellvertreterin; nicht auf dem Foto: Ulrike Glanz (Eberswalde), Schatzmeisterin, Lutz Kupitz (Schönow). Foto: wk



Sie haben erst vor einem halben Jahr den Fraktionsvorsitz übernommen. Kann man kurz vor der Wahl noch etwas bewegen?

Unterschätzen Sie mal nicht das tatsächliche Pensum dieses Landtages! Die Tagesordnungen sind bis zuletzt poppevoll. Allein in der Mai-Sitzung spannte sich der Bogen von der Seniorenpolitik bis zum Stand des Familien- und Kinderpolitischen Programms, von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes bis zur – derzeit nicht einfachen – Zusammenarbeit mit Berlin. Hier geht es nicht nur um Bestandsaufnahme, sondern um Schlussfolgerungen für die Zukunft.

Und es geht um den Adler im neuen Plenarsaal. Ist der Einzug des kleinen roten an Stelle des großen weißen Adlers der entscheidende Farbtupfer der LINKEN für die bevorstehenden Wahlen?

In diesem einzigartigen Fall verdanken wir den Druck in Richtung Rot eher den Schwarzen, der CDU. Das zeigt, wie wenig das Ganze mit Politik zu tun hat.

In der „richtigen“ Politik ist das anders?

Aber sicher. Seit wir 2009 in die Landesregierung eingetreten sind, haben wir die soziale Frage ins Zentrum aller Entscheidungen gerückt.

Ist das nicht ein bisschen vollmundig?

Wir haben dafür gesorgt, dass bei öffentlichen Aufträ-

gen im Land wenigstens der Lohn gezahlt wird, den wir bundesweit und gesetzlich als Mindestlohn einführen wollen. Mittlerweile sind wir hier bei 8,50 € pro Stunde angelangt; 10 € sind das Ziel. Wir haben die Wirt-

»Fachlehrer müssen bedarfsgerecht in den Schulen eingesetzt werden.«

schaftsförderung des Landes an soziale Maßstäbe gebunden: Weniger Leiharbeit, mehr Qualifizierung, bessere Bedingungen für Eltern. Interessanterweise hat das nicht zum Zusammenbruch der märkischen Wirtschaft geführt, sondern die steht so gut da wie noch nie. Denn wir haben auch eine Menge getan, um insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stärken, um sie nicht nur zu fördern, sondern ihnen zugleich gute Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Die Arbeitslosenquote ist auf einem für unser Land historischen Tiefstand. Dennoch sind noch zu viele Menschen ohne Erwerbsarbeit. Und viele können von ihrer harten, engagierten Arbeit nicht wirklich gut leben. Da bleibt noch eine Menge zu tun.

Aber in besonderer Weise gilt die Förderung einem Energieriesen wie Vattenfall. – Das wird Ihnen vorgeworfen.

Ja, und das nervt um ehrlich zu sein. Denn es geht nicht um Vattenfall, sondern um eine Energiestrategie für das Land Brandenburg, die sich dem Strukturwandel in

»Es geht immer um die soziale Frage«

Am 14. September ist Landtagswahl: Interview mit Margitta Mächtig, Vorsitzende der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN

Eine Kita-Abschlussfahrt sollte 2012 für die Kinder der Kita Arche Noah in Eberswalde ermöglicht werden. Margitta Mächtig trug mit einer Spende zur Finanzierung bei. Dafür überraschten die Kinder die Landtagsabgeordnete mit selbst gemachten Bildern als Dankeschön.

Fotos: bc (links), pb (rechts)



Brandenburg verpflichtet. Brandenburg ist Vorreiter bei der Einführung der Erneuerbaren Energien und wird das bleiben. Und da ist auch Vattenfall gefordert um Anschluss zu halten. In diesem Bereich dominieren ganz andere, neue Unternehmen und Genossenschaften. Wir tragen zu einem Energiemix bei, der Versorgungssicherheit, bezahlbare Preise, Akzeptanz und Beteiligung im Land sowie ökologische Verantwortung ermöglicht. Die Braunkohleverstromung soll 2040 enden. Daran gibt es keine Abstriche, auch wenn die weitere Planung des Tagebaus Welzow-Süd beschlossen ist. Etwas anderes war weder 2009

SPD hatte den Anspruch gestellt, das Ministerium zu führen. Sie hat als stärkste Fraktion auch das Recht des ersten Zugriffs. Aber wir sind uns da auch einig: Gute Bildung hängt ganz wesentlich von guten Lehrerinnen und Lehrern, von guten Erzieherinnen und Erziehern ab. Und davon, dass sie unter guten Bedingungen arbeiten können. In den letzten Jahren haben wir 4.400 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – deutlich mehr, als 2009 im Koalitionsvertrag vereinbart. Damit stehen wir vergleichsweise besser da als zum Beispiel unsere Nachbarländer im Süden. Auch in den Kitas kümmern sich mehr Betreuerinnen und Betreuer um die

melt. Wie erklären Sie das?

Der jetzige Schlüssel 1:6 in der Alterstufe 0 bis drei und 1:10 bei den Drei- bis Sechsjährigen soll weiter verringert werden. Die Leitungsstunden sollen stärker berücksichtigt werden bei der Finanzierung der Kitakräfte. Wir arbeiten daran!

Kaufen Sie in der nächsten Legislaturperiode Ärztinnen und Ärzte ein – und lösen damit das Problem der gesundheitlichen Versorgung auf dem Land und in kleineren Städten?

Wir kaufen keine Menschen – wir sind ja kein Fußball-Konzern. Eine Arztpraxis in einer Region mit immer weniger Patientinnen und Patienten und weit weg von kulturellen und gesellschaftlichen Angeboten, das ist eben auch kein Spitzenangebot von Bayern München. Aber im Ernst: Geld allein ist nicht alles. Man muss immer darauf achten, wofür man es ausgibt, nicht allein darauf, wie viel es ist. Wir haben seit 2009 alle Krankenhausstandorte im Land gesichert – das soll auch weiter so bleiben. Auch deswegen, weil wir die Krankenhäuser als Anker der

Die Gemeindegeschwester AGNES ist ein sehr guter, bundesweit beachteter Einstieg. Wir brauchen hierfür aber die kooperative Unterstützung der kassenärztlichen Vereinigungen und der Krankenkassen.

Viele Probleme ließen sich vermutlich leichter lösen, wenn es den Kommunen besser gehen würde.

Das ist immer richtig. Verantwortung dafür tragen Bund und Land. In Brandenburg haben wir im Gegensatz zu anderen Ländern den Landeshaushalt nicht zu Lasten der Kommunen saniert, sondern sie finanziell so gut ausgestattet, wie das mit den Kräften eines Bundeslandes besser nicht geht. Wir haben den Kommunen pro Kopf mehr Geld als je zuvor in diesem Land zur Verfügung gestellt, damit sie selbst über ihre Vorhaben entscheiden können. Aber das Land musste auch beginnen, seine Schulden zu tilgen. Den Spagat haben die Finanzminister der LINKEN durchgehalten.

Für uns LINKE heißt Konzentration auf die soziale Frage auch, eine kluge und schwerpunktorientierte

»Wir haben den Kommunen mehr Geld als je zuvor zur Verfügung gestellt.«

medizinischen Versorgung im Land ausbauen wollen. Dem stehen aber einerseits noch viele bundesrechtliche Hürden im Wege. Andererseits müssen wir mit mehr Nachdruck und Ideenreichtum an neuen Versorgungsmodellen arbeiten – an mobilen Diensten zum Beispiel.

Haushalts- und Finanzpolitik zu gestalten. Das heißt Konzentration auf gute Bildung, gute Arbeit und natürlich auch leistungsstarke Kommunen. Darauf haben wir uns konzentriert und genau dies muss aus meiner Sicht auch nach dem 14. September fortgesetzt werden.

»Wirtschaftsförderung der LINKEN ist sozial: Weniger Leiharbeit, mehr Qualifizierung, bessere Bedingungen für Eltern.«

beim Abschluss des Koalitionsvertrages, noch jetzt möglich. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die energiewirtschaftlichen Möglichkeiten zur Sicherung der Stromversorgung geben es noch nicht her. Ich bin zuversichtlich, dass keine Planungen für weitere neue Tagebaue folgen werden. Aber wir brauchen den Durchbruch für die Speichermöglichkeiten für regenerative Energien.

Bildungspolitik ist eine der starken Kompetenzen der Bundesländer – das Bildungsministerium aber hat die LINKE 2009 den Sozialdemokraten überlassen. War das klug?

Das war nicht die Frage. Die

Kleinsten. Gemeinsam mit der SPD haben wir das Schüler-Bafög eingeführt – ohne uns wäre das völlig undenkbar gewesen. Wir wissen, immer noch fallen in Brandenburg zu viele Unterrichtsstunden aus und in den Kitas sind die Gruppen oft größer, als wir es uns wünschen. Deshalb muss auch in der kommenden Legislaturperiode der Schwerpunkt auf der Bildungspolitik liegen.

Ich sehe in diesem Zusammenhang auch, dass wir uns dringend darum kümmern müssen, dass die Fachlehrer bedarfsgerecht in den Schulen eingesetzt werden.

In Bernau werden gerade Unterschriften für mehr Personal in Kitas gesam-

Brandenburg geht für Barnim und Uckermark in Vorleistung

OW-Beitrag/rc

Die Europäische Kommission in Brüssel hat die Zahlungen an das Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg – Polen (Westpommern) unterbrochen. Das für die Geldvergabe zuständige Wirtschaftsministerium von Mecklenburg-Vorpommern führt mit der EU-Kommission derzeit Gespräche, um die bei einer Kontrolle festgestellten Mängel in der bisherigen Mittelvergabe so schnell wie möglich abzustellen. Es ist jedoch unsicher, wann Geld wieder abgerufen werden kann.

Da von der Zahlungsunterbrechung Projekte aus den Landkreisen Uckermark und Barnim betroffen sind, hat sich Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers dafür eingesetzt, dass für bedürftige Projekte eine Zwischenfinanzierung durch sein Ministerium gesichert wird. „Es ist schon jetzt bekannt, dass der Ausfall der EU-Zahlungen bei einigen Projektträgern zu Liquiditätsschwierigkeiten führen wird. Damit diese Projekte abgeschlossen werden können, geht das Ministerium in Vorleistung“, sagte der Minister.

Sobald die Zahlungsunterbrechung aufgehoben ist, fließt das Geld von der EU an das Ministerium zurück.

Neues Fraktionsmitglied der LINKEN

OW-Beitrag/pm

Für die kürzlich verstorbene Abgeordnete Helga Böhnisch ist am 23. Juni Klaus Körner in die Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN nachgerückt.

„Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Margitta Mächtig.

Klaus Körner war bereits von 2001 bis 2009 Mitarbeiter für Pflege – und Behindertenpolitik der Brandenburger Landtagsfraktion der PDS, später der LINKEN und arbeitet aktiv in der Landesarbeitsgemeinschaft mit.

Gut zu Wasser

Von Ralf Christoffers
Wirtschaftsminister

Im Reiseland Brandenburg sind die Unternehmen in diesem Jahr optimistischer als zuvor. Die Tourismusbranche ist auf dem richtigen Weg und sieht das auch selbst so, das zeigt eine entsprechende Umfrage der Industrie- und Handelskammern.

Gast-Kommentar

Das Land Brandenburg hat viel zur Entwicklung des Wassertourismus beigetragen. Der Werbellinkanal ist fertig gebaut, der Lange Trödel bei Zerpenschleuse wird wahrscheinlich noch in diesem Jahr fertig saniert. Dafür hat das Wirtschaftsministerium 14 Millionen € Förderung ausgereicht, die Kommunen haben sich mit 8 Millionen € am sogenannten WIN-Projekt beteiligt.

Gemeinsam mit den Kammern und dem Wirtschaftsverband Wassersport Berlin-Brandenburg, der rund 400 Unternehmen repräsentiert, erarbeitet das Wirtschaftsministerium gerade ein Gutachten, mit dem wir die wirtschaftlichen Potenziale des Wassertourismus darstellen wollen. Diese Positionierung ist wichtig – wir können damit der Bundesregierung etwas entgegenzusetzen, die die Wirtschaftsleistung von Wasserstraßen ausschließlich über Bruttoregistertonnen bewertet. Wir wollen in Brandenburg eine angemessene Betrachtung anderer Wirtschaftszweige erreichen. Denn der Bund organisiert sich zurzeit neu und es besteht sehr wohl die Gefahr, dass er die Verantwortung für touristisch relevante Wasserstraßen abgeben möchte. Hier müssen wir die Frage beantworten, wer sie übernehmen und wie finanzieren soll.

2014 hat die neue Förderperiode der Europäischen Union auch für die EF-RE-Mittel (Fonds für regionale Entwicklung) begonnen. Diese lassen sich nun nicht mehr so einfach für den Wasserstraßenbau einsetzen. Wir suchen also nach umfassenden Lösungen, die die Brandenburger Wasserstraßen für Wirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz – und eben auch für Tourismus erhalten.

Sozialer Wohnungsbau

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers am 12. Juni bei Diskussion des Unternehmerverbandes in Bernau



Ralf Christoffers, Wirtschaftsminister: Wir haben in Brüssel die Genehmigung erstritten, Gelder aus der vergangenen Förderperiode der EU für den Breitbandausbau zu nutzen. Das ist ein Novum und erforderte Kreativität. Foto: bc

Von Wolfgang Krafczyk
Eine Podiumsdiskussion mit prominenten Barnimer Wirtschaftspolitikern fand am 12. Juni im Bernauer Ofenhaus statt. Der Einladung des Unternehmerverbandes waren neben den Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke (SPD) und Jens Koeppen (CDU) auch die Landespolitiker Gregor Beyer (FDP) und Ralf Christoffers, Wirtschafts- und Europaminister (LINKE), gefolgt. Moderiert vom Geschäftsführer der WITO Barnim GmbH, Rüdiger Thunemann, wurde bald klar, dass die Protagonisten zu wichtigen Fragen, die im

bevorstehenden Landtagswahlkampf eine Rolle spielen werden, unterschiedliche Positionen offensiv vertreten werden.

So sah J. Koeppen beim Thema Flughafen BER die Probleme bei der Fertigstellung des Baus dem Umstand geschuldet, dass der „Staat Unternehmer spielen“ will, und plädierte dafür, die „Notbremse“ zu ziehen, ohne dies im Einzelnen näher zu erläutern. Ralf Christoffers verwies dagegen darauf, dass das Projekt schon jetzt für eine verstärkte Ansiedlung von Unternehmen in der Region gesorgt hätte und der BER durchaus

rentabel arbeiten könnte. Im Übrigen habe man bewusst darauf verzichtet, einen Generalauftragnehmer mit dem Bau des Flughafens zu beauftragen, um regionale Unternehmen stärker einbinden zu können.

Unterschiedliche Positionen zeigten sich auch beim Thema Mietpreisbremse. Während der CDU-Politiker Koeppen diese grundsätzlich als falsch bewertete, sah SPD-Politiker Zierke darin ein Mittel, Verwerfungen insbesondere in Ballungsgebieten zu korrigieren. Ralf Christoffers (LINKE) betonte, dass das Land Brandenburg den sozialen Wohnungsbau verstärkt fördern wird. An die Bundespolitiker gewandt, forderte er zudem Klarheit hinsichtlich der Förderung der Gebäudesanierung als wichtigen Beitrag zur Energiewende. Zu Fragen der Infrastruktur machte der Wirtschaftsminister deutlich, dass die Bundesregierung stärker ihrer Verantwortung insbesondere beim Ausbau der Bundesstraßen gerecht werden müsse. Der Bundeswegeplan sei unterfinanziert.

Christoffers verwies darauf, dass die Forderungen der Opposition im Landtag nach mehr Geld für den Straßenausbau letztlich

Auswirkungen auf andere Bereiche hätten. Es gelte Prioritäten zu setzen. Die Rot-Rote Landesregierung habe besonderes Augenmerk auf Bildung und Ausbildung, Schulen und Kitas sowie die Nachwuchsförderung gelegt. Mehr Mittel wurden den Kommunen zur Verfügung gestellt. Zugleich sollte der Landeshaushalt ausgeglichen werden. Dafür mussten Abstriche auch beim Straßenbau vorgenommen werden.

Der Wirtschaftsminister hob die Anstrengungen der Landesregierung hervor, schnelle Internetanschlüsse in ländlichen Gebieten bereit zu stellen. Dafür habe sie bei der EU-Kommission in Brüssel die Genehmigung erstritten, Mittel aus der vergangenen Förderperiode der EU zu nutzen. Die Arbeiten sind im vollen Gange und sollen bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Den Einwand des CDU-Politikers, mittelständische Unternehmen seien bei den Ausschreibungen vergessen worden, bestritt er. Zum einen wurden private Investitionen in die Glasfaserstruktur nicht beeinträchtigt, zum anderen mussten EU-Bestimmungen zu Ausschreibungen beachtet werden. Dies gelte auch für die von der ILB ausgereichten Fördermittel.

Für LINKE Wünsche erfüllt

Am 19. Juni konstituierte sich die Stadtverordnetenversammlung in Eberswalde

Von Wolfgang Sachse
Die Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung in Eberswalde glich in den früheren Wahlperioden der sprichwörtlichen Überraschungskiste. Deshalb waren wohl alle Stadtverordneten, darunter besonders die 15 Neuen gespannt, was diesmal ablaufen würde. Die Überraschung war, dass es keine gab. Ganz am Anfang, wie immer, die Wahl eines Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung. Die LINKE hatte dafür Volker Passoke als Kandidaten aufgeboten. Mindestens 19 hätten ihn wählen müssen – 22 waren es dann. Entscheidung also bereits im ersten Wahlgang.

Auch bei den Wahlen für die zwei Stellvertreter, tatsächlich alles Männer, gab es keine Überraschung. Bei der Wahl zum 3. Stellvertreter gewann der fraktionslose Abgeordnete Dr. Mai gegen den Kandidaten der Bürgerfraktion.

Auf die Anzahl der Sitze in den zu bildenden Ausschüssen konnten sich die Stadtverordneten schnell einigen. Es sollten 10 sein. Für die LINKE heißt das, im Hauptausschuss und allen Fachausschüssen mit jeweils zwei Vertretern präsent zu sein. Im Rechnungsprüfungsausschuss, der nur vier Mitglieder haben wird, ist die LINKE einmal vertreten. Nach einem heftigeren

Schlagabtausch wurde dann mehrheitlich entschieden, die bisherigen Ausschüsse weitgehend fortzuführen.

Spannend wurde es bei der Frage der Ausschussvorsitzenden. Die LINKE durfte als stärkste Fraktion zuerst zugreifen. Im Vorfeld hatte sich die Fraktion geeinigt, zuerst den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt zu wählen, Vorsitzender wird damit weiterhin Wolfgang Sachse sein. Der Ausschuss Bildung, Jugend und Sport ging an die SPD, Finanzen an die CDU. Um den Ausschuss Kultur, Soziales und Integration gab es den ersten Losentscheid, den die Linksfraktion gewinnen konnte. Sie bestimmte Dr.

Ilona Pischel als Vorsitzende. Der Energieausschuss ging an die Bürgerfraktion und der Rechnungsprüfungsausschuss – nach Losentscheid – an die CDU.

Für die LINKE war es eine überaus zufriedenstellende Stadtverordnetenversammlung, hatte sie doch alles erreicht, was sie sich als Ziele gesetzt hatte.

Nach einer kurzen Pause wird es an die inhaltliche Umsetzung des Kommunalwahlprogramms gehen. Dazu wird sich die Stadtfraktion der LINKEN am 30. August mit allen Listenkandidaten und Vertretern des Stadtvorstandes zu einer Klausur treffen.

Freier Zugang zu Seen

Seite 11

Rot-Rote Landesregierung überführt weitere Seen an Kommunen/
„Große Grube“ bei Ruhlsdorf soll an Gemeinde Marienwerder gehen

OW-Beitrag/bc

51 Brandenburger Gewässer kaufte die Rot-Rote Landesregierung im Juni von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) zurück. Insgesamt gab „Rot-Rot“ bisher 5,5 Millionen € für 116 Seen und Teiche aus. Im Landkreis Barnim betrifft das die Große Grube bei Ruhlsdorf (Gemeinde Marienwerder) mit einer Gewässerfläche von rund 8 Hektar. „Damit ist ein wichtiger Schritt zur langfristigen Sicherung von Gewässern für die Allgemeinheit gemacht“ erklärt der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt (LINKE). Die Gewässer

sollen im Anschluss an die Kommunen übertragen werden, die dann verpflichtet sind, den öffentlichen Zugang zu erhalten. „Haben die Kommunen keine Verwendung für die Seen, wird das Land Brandenburg diese weiter verwalten“, erläutert Luthardt das Verfahren.

Hintergrund dieser Käufe durch das Land sind die Privatisierungen von Seen, Flüssen und Teichen, die viele Jahre lang durch die BVVG betrieben wurden. Im Barnim war das Thema explodiert, als der Wandlitzsee für 400.000 € an einen Immobilienbesitzer verkauft wurde. Dieser forderte plötzlich von der Gemeinde



Michael Luthardt, Landtagsabgeordneter der LINKEN: Sicherung der Gewässer für die Allgemeinheit.

50.000 € für den Weiterbetrieb des Strandbades. Grundstücksbesitzer sollten Bootsstege abreißen oder noch einmal viel Geld für deren Nutzung bezahlen.

Ein offener Zugang zu den Gewässern war immer Anliegen der LINKEN. So kämpfte die LINKE in Wandlitz vehement für die weitere öffentliche Nutzung des Sees. Und die weitergehenden Forderungen für alle ostdeutschen Bundesländer lauteten: Kein Verkauf der Gewässer in private Hand. Ein Vorverkaufs- und Vetorecht für Kommunen und Agrarunternehmen. Dies wurde jedoch von keiner Bundesregierung unterstützt. Die Rot-Rote Landesregierung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den

sauren Apfel gebissen und begonnen, die Brandenburger Gewässer vom Bund zurück zu kaufen. „Trotzdem bleibt es eine Frechheit, dass Brandenburg die eigenen Gewässer zurück kaufen muss“, urteilt Dr. Michael Luthardt. Immerhin hat die BVVG bereits Milliardenbeiträge mit diesen Verkäufen für die Bundeskasse vereinnahmt. Zehntausende Hektar Seen, Teiche, Flüsse und Bäche wurden veräußert.

Aber durch „Rot-Rot“ wurde das Verfahren in Brandenburg gestoppt. Aus den bisherigen Käufen wurden 6 Gewässer aus Naturschutzgründen an die Forstverwaltung weitergereicht, 14 weitere gingen aus demselben Grund an die Stiftung Naturschutzfonds.



Hier fing alles an: Als die Gemeinde Wandlitz für die Nutzung des privaten Sees und die Betreuung des Strandbades 50.000 € zahlen sollte Fotos: bc

Kleinstkredite und Schulsozialarbeiter

LINKE wieder stärkste Fraktion im Kreistag/Nächste Aufgaben

OW-Beitrag/mm

Am 18. Juni konstituierte sich der Kreistag Barnim mit 56 Abgeordneten für die Wahlperiode von 2014 bis 2019. 14 Frauen und Männer der LINKEN wurden gewählt, das sind: Sabine Stüber (Eberswalde), Prof. Dr. Alfred Schultz (Eberswalde), Lutz Kupitz (Bernau), Christine Poppitz (Bernau), Sylvia Pyrlík (Bernau), Alexander Horn (Werneuchen), Dr. Burckhard Ackermann, (Werneuchen), Kerstin Berbig (Wandlitz), Gabriele Bohnebeck (Wandlitz), Eva Schmidt (Panketal), Michael Wetterhahn (Panketal), Mar-

gitta Mächtig (Biesenthal), André Stahl (Biesenthal), Dr. Michael Luthardt (Britz-Chorin-Oderberg).

Um Aufnahme in die Fraktion der LINKEN baten die beiden Vertreter des Bauernverbandes, Holger Lampe und Rainer Dickmann. Einstimmig votierte die neue Fraktion für die Gründung einer gemeinsamen Fraktion, die dadurch 16 Mitglieder hat. Margitta Mächtig wurde erneut zur Vorsitzenden und Lutz Kupitz zum stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion gewählt. Schatzmeister wurde Prof. Dr. Alfred Schultz.

Einig waren sich die LINKEN, dass sie die Verantwortung – also den Ausschussvorsitz – für folgende Ausschüsse übernehmen wollen: Ausschuss für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft, den Jugendhilfeausschuss und den Rechnungsprüfungsausschuss.

Die nächsten Aufgaben, sind nun die Besetzung aller Ausschüsse und Aufsichtsräte und vor allem die Vorbereitung der Anträge für den Kreistag, die sich aus unserem Wahlprogramm ergeben. Dazu gehören vor allem die Entwicklung einer Bar-

nim-Card zur Unterstützung für Ehrenamtler, die künftig kostenlos die Verkehrsmittel und Sport- sowie Freizeiteinrichtungen im Landkreis nutzen können sollen. Wir wollen Mehrheiten finden für ein Kleinstkreditprogramm über 300.000 € jährlich für kleine und mittelständische Unternehmen. Und wir wollen erreichen, dass es in jeder Schule einen Schulsozialarbeiter gibt.

Langfristig will die LINKE eine Ärzteoffensive initiieren und eine kreisliche Energiegenossenschaft gründen, von der alle Barnimerinnen und Barnimer profitieren können.

LINKE fordert Abschaffung der Abgeltungssteuer

OW-Beitrag/pm

Anfang Mai 2014 erklärten die Schweiz und Singapur, einem weitreichenden Abkommen der Industrieländerorganisation OECD beizutreten. Darin verpflichten sich 47 Länder, Informationen über die Sparguthaben von Ausländern an die Steuerbehörden der Heimatländer zu liefern. So soll gewährleistet werden, dass Zinseinkünfte dort versteuert werden, wo der Steuerpflichtige lebt. Das neue Abkommen soll im Oktober unterzeichnet werden.

In Deutschland wurde 2009 die Abgeltungssteuer mit 25 Prozent eingeführt. Dabei handelt es sich im Prinzip um eine Kappungsgrenze. Denn seitdem haben Einkommensteuerpflichtige ein Wahlmöglichkeit: Sie können ihre Kapitalerträge mit ihrem persönlichen Steuersatz versteuern (natürlich, wenn dieser niedriger ist als 25 Prozent) oder sie wählen die Abgeltungssteuer mit 25 Prozent. Wer also einen höheren persönlichen Steuersatz für seine sonstigen Einkünfte erreicht, braucht seine Kapitalerträge dennoch nur mit 25 Prozent zu versteuern. Bis 2008 wurden hier keine Unterschiede gemacht: Alle steuerpflichtigen Einkünfte wurden mit dem persönlichen Steuersatz versteuert.

„Diese ungleiche Besteuerung von Kapital- und Erwerbseinkommen begünstigt jene mit hohem Einkommen unangemessen“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der Fraktion der LINKEN in Brandenburg, Peer Jürgens, Ende Juni. Es sei nicht zu rechtfertigen, dass jemand, der sein Geld für sich „arbeiten“ lasse, weniger Steuern auf den Ertrag zahlen muss, als jemand, der Einkommensteuer auf seine Erwerbstätigkeit zahlt. Die LINKE fordert deshalb die Rückkehr zur Besteuerung von privaten Kapitalerträgen nach dem persönlichen Einkommensteuersatz. „Die angeblich drohende Kapitalabwanderung erledigt sich durch den geplanten automatischen Informationsaustausch.“ begründet Peer Jürgens.

